



WIPUR: Wozu legt der Geschäftsführer eine falsche Fährte für die Opposition?

Seite 8

Verkehrspolitik: Mehr Sicherheit am Schulweg

Seite 3

50.000 EURO bei Brücke erspart

Seite 2

25 Jahre „Liste Baum“

TSATSIKI CONNECTION mit Lakis Jordanopoulos von Lakis & Achwach & mit Slavko Ninić von der Tschuschenkapelle

„Darf es etwas Meer sein?“

22.11.2014

Einlaß: 18 Uhr

Beginn: 19 Uhr

„Die Bühne“ Purkersdorf

EINTRITT FREI

Editorial

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe interessierte LeserInnen,



GRin Sabine
Aicher

Fraktionsvorsitzende
LIB&G
Tel.: 0676 461 55 10
sabine.aicher@
listebaum-gruene.at

Es hat vermutlich alle überrascht, dass wir jetzt schon im Jänner, anstatt wie jahrzehntelang üblich, im März Gemeinderatswahlen haben.

Ein großer Vorteil ist, dass sich jetzt nur ein kurzer Wahlkampf ausgeht. Was man in fünf Jahren Gemeinderatsarbeit geleistet hat, kann man auch kommunizieren, wenn nur ein paar Wochen Zeit sind.

Und die Wählerinnen und Wähler können auch sehr gut in kurzer Zeit wahrnehmen, wie es um ihre Stadtregierung bestellt ist.

Im letzten Jahr ist es uns gelungen, einige Missstände aufzuzeigen. Wir haben durch unsere Beharrlichkeit erreicht, dass die Stadtgemeinde zigtausende Euros gespart, beziehungsweise zusätzlich eingenommen hat.

Teilweise dubiose Vorgänge in der Gemeinde

Die zwei großen Angelegenheiten und Fragen haben wir trotz guter Vorbereitung auf Sitzungen leider nicht restlos klären können. Die Verdachtsfälle des

Amtsmissbrauchs durch Bürgermeister Schlögl bei der Mietreduktion an ein befreundetes Restaurantunternehmen und die angeblichen Steuerhinterziehungen der Stadtgemeinde und/oder der Wipur.

Hier verhindert die SPÖ Purkersdorf unter Bürgermeister Karl Schlögl die Aufklärung. Freilich kann man auch sagen: „Hätten sie nichts zu verbergen, würden sie die nötigen Untersuchungen nicht behindern“, aber es wäre uns schon lieber gewesen, die Vorgänge endgültig zu klären.

Sachverhaltsdarstellungen an die Behörden

Wir haben das jetzt monatelang versucht und sind auf Beton gestoßen. Als letzte Möglichkeit bleibt, Sachverhaltsdarstellungen an die zuständigen Stellen zu schicken.

Sie müssten einmal bei einer Gemeinderatsitzung dabei sein! Sie würden sich nur wundern oder staunen. Anstatt unsere Fragen klar zu beantworten, wird mit rhetorischen und formalen Tricks versucht, sich Antworten zu entziehen und

nur ja kein Licht ins Dunkel kommen zu lassen.

An Gemeinderatsitzungen teilnehmen kann sehr erhellend sein!

Würden jeder Bürger, jede Bürgerin auch nur einmal pro Jahr an einer Gemeinderatsitzung teilnehmen, gingen Wahlen vermutlich anders aus.

Die politischen Entscheidungen der absolute Mehrheit der SPÖ Purkersdorf sind unserer Ansicht nach mittlerweile wirklich schädlich und teilweise – so der Verdacht – auch nicht immer rechtskonform.

Wir möchten uns auch in der Gemeindepolitik an Integrität, Fairness und politische Korrektheit halten. Wir wollen Transparenz und Wahrheit. Wir wollen keine Freunderlwirtschaft, sondern dass alle BürgerInnen gleich behandelt werden sollen.

Wir wünschen uns eine bessere Gemeindepolitik und dass die GemeinderätInnen verstehen, dass sie gewählt wurden, um die BürgerInnen zu vertreten und nicht den Bürgermeister.

Bina Aicher

Über eine Brücke musst du gehen...

Die Fakten sind schnell angeführt: Die Brücke über die B44 vom Park & Ride Parkplatz zur Kellerwiese muss repariert werden.

- ▶ 2011 erster und damals einziger vorgelegter Kostenvorschlag 36.500 Euro.
- ▶ 2013 zweiter vorgelegter Kostenvorschlag 105.124,03 Euro.
- ▶ 2014 dritter vorgelegter Kostenvorschlag 54.572,89 Euro.

Jetzt könnte man glauben, dass die Brücke gar nicht so kaputt sein kann, wenn das Bauamt der Stadtgemeinde mehr als 3 Jahre zum Finden einer Firma für die Reparatur braucht.

Jetzt kommt die lang gepflegte Taktik der SPÖ-Mehrheitspartei ins Spiel.

Nur nicht zugeben, dass die Opposition (Purkersdorfer Liste – PUL, Liste Baum & Grüne) dafür gesorgt hat, dass die Stadtgemeinde jetzt nur die Hälfte der Kosten zu tragen hat.

Lieber Baustadtrat, es hilft nix. Die Behauptung, dass Selbstbau (Bauhof) der Entwässerung der Brücke die Verringerung der Kosten bringt, ist schlicht und einfach unrichtig. Übrigens zur Erinnerung: diese zusätzliche Position und zusätzlich geringfügigen Mehrkosten wurde in der Oktober-Gemeinderatssitzung einstimmig beschlossen.

Blöd halt nur, dass jetzt auch verbale Nebelbomben nicht mehr sehr viel nützen.



Daher: Bravo Opposition! Bitte vor den Vorhang!

GR Manfred Cambruzzi (PUL)
Gastkommentar

Die Sicherheit der Kinder im Mittelpunkt

Der Schulweg ist wieder ein Stück sicherer geworden und fördert so die Eigenständigkeit der Kinder
„Hartnäckiges Engagement lohnt sich eben doch“

Mit der Neuen Mittelschule, der Volksschule, dem Bildungs- und dem Sonderpädagogisches Zentrum und der VHS liegen zwischen der Schwarzhuber- und Alois Mayer-Gasse jedenfalls drei Schulen bei denen es gleich in der Früh zu einem hohen Verkehrsaufkommen kommt. Je nach Witterungslage kann dann der begrenzte Raum nicht mehr alle Wünsche der VerkehrsteilnehmerInnen befriedigen. Die Kinder bis vor die Schultüre fahren und rasch weiter kommen zu wollen schließt sich hier aus.

Für Ärger sorgte dann auch, dass es zu Verkehrsstockungen kommt, wenn ein Auto nach dem anderen auf der Fahrbahn, auch in der Pummargasse, hält und die Sprösslinge verabschiedet werden. Auch die zuletzt in der Alois Mayer-Gasse geschaffene Kurzparkzone hat da nur wenig Abhilfe gebracht.

Auf Initiative der Stadtgemeinde hat DI Rennhofer über den Sommer ein Konzept erarbeitet, das die Situation genau analysiert und mit den Gegebenheiten klug umgeht. Wobei von Beginn weg klar war, die Sicherheit der Kinder muss im Mittelpunkt jeder Veränderung stehen. Damit waren die von der ÖVP schriftlich eingebrachten Vorschläge gleich mal auszuschneiden – sahen sie doch vor, dass sowohl in der Pummargasse als auch der Alois Mayer-Gasse neben den aussteigenden Kindern ein freier Fahrstreifen für Durchzugsverkehr bleiben soll.

DI Rennhofer machte deutlich, dass der aktuell gelebte motorisierte Verkehrsfluss nicht zu beschleunigen ist. Auch wenn Autos in Parkbuchten oder auf Schrägparkplätze fahren, müssen sie ein- und wieder ausparken. Das nimmt in etwa die gleiche Zeit in Anspruch, als die gelebte Praxis, das Kind aussteigen, die Straße queren zu lassen und es zu verabschieden. Mit dem deutlichen Vorteil, dass stehende Autos kein Kind übersehen und anfahren können.

Dass der Bus auf der Fahrbahn hält und somit alle Autos hinter ihm stehen bleiben müssen, dient ebenfalls der Sicherheit der Kinder, die ja die Fahrbahn queren müssen, um zu den Schulen zu kommen. Zusätzlich unterstreicht so eine Praxis unsere Forderung nach Vorrang für den öffentlichen Verkehr.



Durchgängige Gehwege mittels Anrampungen und neue Straßenmarkierungen werden den Schulweg für die Kinder sicherer machen.

Aufgrund dieser Analyse handelt es sich bei den jetzt – gemeinsam mit den Direktorinnen und ElternvertreterInnen angenommenen Umsetzungen – um Maßnahmen, die im Wesentlichen den gegebenen Ablauf deutlicher hervorheben. Durch Bodenmarkierungen und Anrampungen wird das Verkehrsgeschehen einerseits für die Kinder sicherer und andererseits für Eltern und andere VerkehrsteilnehmerInnen deutlicher sichtbar gemacht.

Folgende konkrete Maßnahmen wurden dann auch in der letzten Gemeinderatssitzung beschlossen und sind im Plan eingezeichnet:

1. „Kiss & Go“-Spur Pummargasse. Es wird weiters vorgeschlagen, für die entfallenden Stellplätze auf der Südseite der Pummargasse einen Parkstreifen zu errichten.
2. Im Zuge der Erhebungen wurde festgestellt, dass (insbesondere zu Spitzenzeiten) ein hohes Fußgängerverkehrsaufkommen über die Schwarzhubergasse gegeben ist. Um diesem Umstand gerecht zu werden, soll der Gehsteig entlang der Pummargasse quer über die Schwarzhubergasse durchgezogen, mit flachen Anrampungen versehen und durch Tiefborde sichtbar gemacht werden.
3. Im Zuge der Erhebungen wurde festgestellt, dass (insbesondere zu Spitzenzeiten) ein hohes Fußgängerverkehrsaufkommen

im Bereich der Kreuzung Pummargasse / Alois Mayer Gasse gegeben ist. Um diesem Umstand gerecht zu werden, soll das Kreuzungsplateau angehoben, mit flachen Anrampungen versehen und durch Tiefborde sichtbar gemacht werden.

4. Zusätzliche Bodenmarkierung „Achtung Schule“ am Beginn der Alois Mayer Gasse und in der Pummargasse am Ende des Wohnblocks.
 5. Bodenmarkierung „Kiss & Go“ in der Alois Mayer Gasse an zwei Stellen (nach dem Vorbild der vor der Volksschule in der Ferdinand Ebner Gasse in Gablitz).
 6. Auftrittsfläche durch Verbreiterung des Gehsteigs vergrößern, Grünfläche entfernen
 7. Auftrittsfläche durch Verbreiterung des Gehsteigs vergrößern, Grünfläche entfernen
- Zusätzlich wurde festgehalten, dass die 30er-Bodenmarkierungen in der Kaiser Josef Straße verstärkt werden (etwa gegenüber Billa)

Eine Verkehrsverhandlung Ende Oktober soll die rechtliche Grundlage für diese Maßnahmen schaffen. Damit hoffe ich, dass es noch vor dem Winter zur Umsetzung kommen kann.

Christiane Maringer
Umwelt- und Verkehrstadträtin Liste
Baum & Grüne

Lieber Leserin, lieber Leser!

Auch in unserer politischen Arbeit bleibt die Frage der Finanzierung nicht ausständig. Wir, die GemeinderätInnen, behalten die Entschädigungen nicht für uns, sondern geben sie vollständig in einen Topf, der zur Finanzierung unserer Informationsmedien verwendet wird. Trotzdem sind wir in unserer Arbeit auch auf Spenden angewiesen. Wenn es Ihnen Ihre finanzielle Lage erlaubt und Sie unsere Bemühungen und unsere Arbeit für Demokratie und Transparenz in Purkersdorf unterstützen wollen, freuen wir uns über Ihre Spende auf unser Konto bei der Bank Austria

IBAN: AT70 1200 0006 1917 9401, BIC: BKAUATWW
Herzlichen Dank!

Sabine Aicher
Fraktionsvorsitzende und
Kassierin der LIB & G

Atemlos durch die (lange) Einkaufsnacht

Im September sollte in Purkersdorf ein Shopping-Erlebnis der besonderen Art stattfinden. In Kooperation mit der Stadtgemeinde und der Aktiven Wirtschaft luden die Geschäfte von 17 bis 22 Uhr zum Einkauf ein. Mit dem nichtssagenden Slogan Spiel, Spaß und Unterhaltung wurde ein vielfältiges Programm angekündigt.

Eine heftige Regenfront hat die Veranstaltung ziemlich absaufen lassen. Gegen Schlechtwetter ist man leider machtlos. Aber eine Frage drängt sich auf und darf erlaubt sein. Warum wurde die Veranstaltung nicht abgesagt und verschoben? Der Wetterbericht hat schon Tage davor eine heftige Schlechtwetterfront angekündigt. Die ÖVP konnte ihr Stadtfest eben aus diesem Grund auch nicht abhalten und hat abgesagt. Der finanzielle Schaden bleibt wieder einmal bei der Stadtgemeinde hängen. Aber der Skandal liegt ganz woanders. Die Aktive Wirtschaft erhält im Jahr von der Stadtgemeinde einen Sponsorbetrag von rd. 11.000, Euro. Zusätzlich, ohne detailliertes Konzept, aber mit Kosten von 6.000 Euro (!) wurde die Finanzierung der „Langen Nacht“ im Stadtrat durchgewunken. Auf die Frage, aus welchen

Positionen sich der Betrag zusammensetzt, die lapidare Antwort des zuständigen SPÖ-Stadtrates für Wirtschaft: „Da sind die Gagen und die Technik inbegriffen!“ In der Gemeinderatssitzung vom Oktober wurde von der Opposition eine Aufschlüsselung der Kosten gefordert und das wurde auch ins Protokoll aufgenommen. Eine detaillierte Abrechnung soll beim nächsten Gemeinderat vorgelegt werden.

Und dann ist man hoffentlich nicht atemlos.
GR Manfred Cambruzzi
Gastkommentar



In eigener Sache:

Liste Baum & GRÜNE ein Bündnis eigenständiger Partner

„Liste Baum & Grüne“ ist ein Wahlbündnis der Liste Baum und der GRÜNEN Purkersdorf für den Purkersdorfer Gemeinderat zur Bündelung der ökologischen und fortschrittlichen Kräfte. Das Bündnis ist dort derzeit mit 4 Mandaten vertreten, und stellt einen Stadtrat (für Umwelt, Energie und Verkehr). Neben gemeinsamer Arbeit im kommunalpolitischen Bereich entfalten sowohl die Liste Baum als auch die GRÜNEN eigenständige Aktivitäten.

Die Liste Baum ist eine parteiunabhängige offene Plattform für unterschiedliche demokratische, sozialökologische und linke Zugänge.

Die Grünen Purkersdorf sind eine Gruppe von Personen, die ökologische, demokratische, feministische und soziale Fragen in die Gemeindepolitik einbringen wollen, denen die Umsetzung von BürgerInnenrechten ein Anliegen ist, und die mit Grünen-Gruppierungen auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene zusammenarbeiten.

Tel-Nummern bzw. E-Mail-Adressen der GemeinderätInnen von LIB & Grüne und des Obmanns der Liste Baum



Christiane Maringer
Tel. 0664 344 13 12
maringer@reizwort.at



Sabine Aicher
Tel.: 0676 461 55 10
sabine.aicher@
listebaum-gruene.at



Karin Erben
0699 11 96 98 25
karin.erben@k-e.at



Marga Schmidl
Tel.: 0699 114 505 19
marga.schmidl@tplus.at



DDr. Josef Baum
Tel.: 64759
0664 1142298
baum.josef@gmx.at

Warum darf der Prüfungsausschuss den Verdacht des Amtsmissbrauches durch den Bürgermeister nicht prüfen?

Im Prüfungsausschuss im März habe ich in einem Ordner, der wegen der Prüfung der „Mietverträge der Geschäftslokale der Stadtgemeinde incl. Jährlicher Mieterträge“ die handschriftliche Notiz gefunden aus der sinngemäß hervorgeht, dass das Restaurant „Gentile“ laut Bürgermeister Karl Schlögl nur die Hälfte der Miete bezahlen muss.

Ich habe bezüglich der Notiz eine „eidesstattliche Erklärung“ bei einem Rechtsanwalt abgegeben.

Fast 50.000 Euro für die Gemeinde

Meinem Wissen nach, sind solche Vertragsänderungen nur mit Gemeinderatsbeschluss gültig. Es war auch nicht rechtens, weil es dann binnen kurzer Zeit die fehlenden Jahre zurückbezahlt wurden. Immerhin an die 50.000 Euro.

Im Prüfungsausschuss vom Juni verhierten die SPÖ GemeinderätInnen die Einsichtnahme in den Ordner um feststellen zu können. Da der Tagesordnungspunkt nicht abgearbeitet werden konnte, wurde er am 1. Oktober 2014 wiederum auf die Tagesordnung gesetzt.

SPÖ GemeinderätInnen verhindern Prüfung

Diesmal war der Ausschussvorsitzende Zöchinger krankheitsbedingt verhindert und ich hatte erstmals den Vorsitz des Ausschusses.

Gleich zu Beginn der Sitzung wurde von einer SPÖ-Gemeinderätin der „Antrag auf Änderung der Tagesordnung“ eingebracht. Schriftführer war wie in der Sitzung im März 2014 Stadtdirektor Humpel. Der Antrag lautete:

ANTRAG SPÖ-Gemeinderätin:
„Ich beantrage, den Tagesordnungspunkt 3) Mietverträge seit

2000 incl. aller Nebenabsprachen mit dem Ristorante Gentile, GR Beschluss der Mietreduzierung durch Bauärzteezentrum, Mieteinnahmen seit 2000. Sämtliche Unterlagen, die in der Prüfungsausschusssitzung vom 17. März 2014 vorgelegt wurden, sollen bitte nochmals vorgelegt werden. Da die Umbaumaßnahmen im Rathaus weitestgehend abgeschlossen sein dürften, müsste es möglich sein, diese Unterlagen in der Sitzung vorzulegen“ von der Tagesordnung abzusetzen. (Anm. die Umbaumaßnahmen waren in der vorigen Sitzung die Begründung dafür, dass die Akten im Zimmer von Stadtdirektor Humpel eingesperrt waren und nicht geholt werden konnten – obwohl die Tagesordnung für den Ausschuss schon 5 Werkstage vorher ausgeschickt werden muss)

Begründung:

Dieser Tagesordnungspunkt war bereits 2 Mal Inhalt von Tagesordnungen und Beratungen des Prüfungsausschusses, zu der die geforderten Unterlagen bereits vorgelegt sind und haben sowohl der Bürgermeister als auch der Kassenverwalter im Gemeinderat dazu Stellung bezogen und über die Vorgänge und deren Auswirkungen berichtet; ein anderes als die bereits festgestellten Ergebnisse sind durch eine weitere Prüfung nicht zu erwarten.“

STADTAMTSDIREKTOR negiert Gemeindeordnung

Nicht nur, dass der Antrag inhaltlich überhaupt nicht stimmt, weil die Unterlagen

eben NICHT vorgelegt wurden, spricht der Antrag für sich: ES SOLL NICHT GEPRÜFT WERDEN.

Dabei ist es ureigenste Aufgabe des PRÜFUNGS-AUSSCHUSSES zu PRÜFEN.

ES WIDERSPRICHT DER GEMEINDEORDNUNG einen TAGESORDNUNGSPUNKT ABZUSETZEN! Und das habe ich Stadtdirektor Humpel extra gefragt. Ich habe schlicht eine falsche Antwort erhalten.

Dahinter stecken auch nicht unbedingt einzelne Personen, sondern ein System der absoluten Selbstherrlichkeit, das auf absoluter Mehrheit aufbaut.

Pikant war, dass Stadtdirektor schon mit einem vorgeschriebenen Protokoll zu der Sitzung kam und diesen Tagesordnungspunkt ausgelassen hat. Sprich: er wußte schon von diesem Antrag, ist zu vermuten. Außerdem waren die Ordner, in denen sich die Mietverträge befinden nicht im Sitzungszimmer. Dh. man hat im Vorfeld schon abgesprochen, dass dieser handschriftlichen Notiz nicht nachgegangen werden soll. D.h. weiters, dass der Verdacht besteht, dass die maßgeblichen Personen in der Gemeinde wissentlich Unrecht begehen.

Wenn Bürgermeister Schlögl Interesse hätte, die Sachlage aufzuklären, wäre es ein Leichtes für ihn. Ein Anruf und die Belege würden auf dem Tisch liegen. Es wird seinen Grund haben, warum er dies nicht tut.

Aber vermutlich wird den GemeinderätInnen Inge Nemeč, Manfred Weininger, Walter Jaksch und Beatrix ein freundschaftliches Dankeschön sicher sein.

Aber eines ist bei dieser Causa sehr augenscheinlich geworden: das absolute Machtverhältnisse demokratieunverträglich sind. Die Mehrheit – in diesem Fall die SPÖ Purkersdorf – kann Aufklärung verhindern.

Bina Aicher

ANTRAG auf Änderung der Tagesordnung: GR Beatrix KAUKAL

Ich beantrage, den Tagesordnungspunkt 3) Mietverträge seit 2000 incl. aller Nebenabsprachen mit dem Ristorante Gentile, GR Beschluss der Mietreduzierung durch Bauärzteezentrum, Mieteinnahmen seit 2000. Sämtliche Unterlagen, die in der Prüfungsausschusssitzung vom 17. März 2014 vorgelegt wurden, sollen bitte nochmals vorgelegt werden. Da die Umbaumaßnahmen im Rathaus weitestgehend abgeschlossen sein dürften, müsste es möglich sein, diese Unterlagen in der Sitzung vorzulegen“ von der Tagesordnung abzusetzen.

Begründung:

Dieser Tagesordnungspunkt war bereits 2 Mal Inhalt von Tagesordnungen und Beratungen des Prüfungsausschusses, zu der die geforderten Unterlagen bereits vorgelegt sind und haben sowohl der Bürgermeister als auch der Kassenverwalter im Gemeinderat dazu Stellung bezogen und über die Vorgänge und deren Auswirkungen berichtet; ein anderes als die bereits festgestellten Ergebnisse sind durch eine weitere Prüfung nicht zu erwarten.

Splitter Gemeinderatssitzung, 23. September 2014

Erfreuliches Interesse von Purkersdorfer BürgerInnen

Wir trauten unseren Augen nicht, als wir bei der Gemeinderatssitzung im September in den Saal kamen! Etwa 25 Personen als Gäste hatten sich eingefunden!

Nicht als Anhängerschaft einer bestimmten Fraktion, sondern einfach als interessierte BürgerInnen kamen die Menschen zum Zuhören und Miterleben.

Fantastisch!

Wir würden uns wünschen, dass das fortan immer so sein würde. Denn zum Einen wäre es wirklich wunderbar, wenn die Menschen das, was für sie im Gemeinderat beschlossen wird, selbst miterleben und zum Zweiten auch ein bisschen für uns, weil: so freundlich war es noch nie in einer

Gemeinderatssitzung! Die überaus nette und fast schon zuvorkommende Art der SP-Fraktion war wirklich sehr bemerkenswert und wohlthuend.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass bei kommenden GR-Sitzungen den Inhalten der Besprechung auch auf der ZuseherInnenbank besser gefolgt werden kann. Etwa dadurch, dass der jeweilige Antrag oder Bericht über einen Beamer sichtbar gemacht wird.

Rathausanierung

Die Sanierung des Rathauses ist bis auf Kleinigkeiten abgeschlossen. Dank unserer Hartnäckigkeit ist damit das erste Sanierungsprojekt Purkersdorf nach aktuellen energiesparenden Richtlinien durchgeführt und eine Photovoltaik-Anlage im Eigentum der Gemeinde installiert worden. Bei dieser fehlt noch die Abrechnung mit dem Fördergebern. Alle Schritte dafür sind von der Regionsmanagerin der Klima- und Energiemodellregion super vorbereitet und begleitet worden. Die gewonnene Energie dient hauptsächlich der Abdeckung des Eigenbedarfs des Rathauses.

Örtliches Raumordnungsprogramm, Bebauungsplan – die Änderungen sind mit diesem Gemeinderat abgeschlossen

Mit den Gutachten zu den einzelnen Vorbringungen von Seiten der unterschiedlichen Landesstellen ist auch der Antrag zur Errichtung der PV-Anlage am Bahndamm entlang der Tullnerbachstraße positiv beantwortet.

Wien Energie darf damit die 800 Paneel große Anlage mit einer Leistung von 200 kWp als Bürgerbeteiligungsanlage errichten. Ein Paneel wird 950 Euro kosten. Pro KäuferIn dürfen maximal zehn Paneel gekauft werden, die Wien Energie zurück mietet und dafür eine jährliche Vergütung in Höhe von 3,1 Prozent bezahlt. Nach einer Laufzeit von mindestens fünf bis maximal 25 Jahren wird der Verkaufserlös gesamt zurückgezahlt.

Wer Interesse hat, meldet dieses bei Frau Dörflinger auf der Gemeinde an: c.doerflinger@purkersdorf.at, Telefon: 02231/63601-251

Alle InteressentInnen bekommen dann eine Einladung zur Informationsveranstaltung mit Wien Energie.

Ein wichtiger Schritt in Richtung besserer Nutzung umweltschonender Energien. Schade nur, dass die Gemeinde diese

Anlage nicht selbst errichtet und damit die Einnahmemöglichkeit über den Energieverkauf selbst behält sondern dem Energieversorger schenkt. Dafür beteiligt sie sich laut Beschluss im Gemeinderat mit dem Kauf von fünf Paneelen.

Überwachung Hundehaltungsgesetz

Was so sperrig klingt, heißt auf gut Deutsch, dass Herrl und Frauerl, die das Geschäft ihrer Hunde in Zukunft nicht sofort wegräumen dafür gestraft werden können. Weiters wird ein Verstoß gegen die Leinen- bzw. Maulkorbverpflichtung geahndet. Strafausmaß: 36 Euro.

Schade, dass es im Zusammenleben in der Stadt solcher Maßnahmen bedarf ...

Wenig erfreulich ist auch, dass damit die Überwachungsfirma Group4 einen zusätzlichen Auftrag von der Gemeinde erhält.

Rahmenaussschreibung Straßenbauarbeiten

Ein ständiger Debattenpunkt sind die enorm hohen Ausgaben für diverse Bauarbeiten zur Erhaltung und Sanierung von Straßen. Um nicht für jede einzelne Tätigkeit einen Kostenvoranschlag einholen zu müssen, holt die Gemeinde im Zuge einer sogenannten Rahmenaussschreibung einen exemplarischen Kostenvoranschlag bei den Baufirmen ein. Interessant, dass die Angebote allesamt nicht weit auseinander lagen. Den Zuschlag hat einmal mehr Pittel + Brausewetter bekommen. Der Schönheitsfehler: bei der Angebotseröffnung waren nur Politiker der Mehrheitsfraktion anwesend.

RADLgrundnetz nimmt Formen an

Das Land Niederösterreich hat im Sommer den Fahrplan für die Projekteinreichung beschleunigt, nachdem beim Klimafonds noch Gelder für unsere Vorhaben vorhanden sind. Die Umweltstadträtin

Auf der Südseite des Rathausdaches wurde eine Photovoltaik-Anlage installiert.



der Liste Baum hat die Gelegenheit genutzt und über den Stadtrat die Ziviltechnikerarbeiten für die Planung des Lückenschlusses im Zentrum beschließen lassen. Ein durchgängiger Radweg zwischen der Post und dem Hauptplatz erleichtert vor allem auch den eigenständigen Weg von Jugendlichen zur Schule.

Ziel ist es also, diesen Abschnitt so bald wie möglich neu gestalten zu können.

Weiterführung KEM-Wienerwald

Den – inzwischen leider schon üblich gewordenen – Wirbel hat es dann zu Thema Klima- und Energiemodellregion Wienerwald gegeben. Zwar ist unser Antrag zur Weiterführung der KEM in der vorgelegten Formulierung der SPÖ seit dem Umweltausschuss vom 2. September bekannt gewesen. Seine Wünsche zur Änderung der Vorlage konnte der Finanzstadtrat trotzdem erst bei der Gemeinderatssitzung vorbringen. So erschöpfte sich die Debatte wieder mal über formale Belange statt sich inhaltlich über die Modellregion auszutauschen und zu überlegen, wie wir deren Möglichkeit als Gemeinde besser nutzen (siehe Artikel). Der SPÖ-Umweltgemeinderat hat dann auch als einziger gegen die Weiterführung der KEM gestimmt.

Nach diesem Einstieg bleibt zu befürchten, dass es auch in den kommenden beiden Jahren bleibt wie gehabt: Die Umweltstadträtin der Liste Baum darf sich alleine in die Arbeitsgruppen setzen und die Arbeit vor und bei den Aktionen erledigen und sich dann dafür in den Ausschüssen und den Gemeinderatssitzungen von der Mehrheitsfraktion kritisieren lassen. Aus Gablitz sind in den einzelnen Arbeitskreisen bis zu drei GemeinderätInnen aktiv dabei. In keiner der Partner-Gemeinden hat die Regionsmanagerin in den ersten Jahren weniger Unterstützung erhalten, als in ihrer Heimatstadt Purkersdorf. Schade.

Verkehrssituation rund um Schulen im Zentrum

Immer wieder ist es von Direktorinnen, LehrerInnen, Eltern und anderen VerkehrsteilnehmerInnen zu Kritiken über den Verkehrsfluss rund um die Schulen im Zentrum gekommen. Der fundierten Arbeit von DI Rennhofer ist es einmal mehr zu danken, dass eine Lösung gefunden wurde, die den engen räumlichen Gegebenheiten entspricht, die Gemüter beruhigt und die Sicherheit der Kinder in den Mittelpunkt stellt. (Die Pläne zur Umgestaltung im Detail im Artikel.)

Skurrile Züge hat allerdings das ÖVP-Agieren zu diesem Punkt. Seit Wochen stehen diverse VertreterInnen mit Taferln vor Fotoapparaten für Medienberichte oder machen dann gleich direkt im Gemeinderat Wahlkampf. Im Tonfall der absoluten Überzeugung verklickern sie uns, dass „ihre Vorschläge“ jetzt umgesetzt würden. Vergessen haben sie dabei, dass ihr Vorschlag einmal gar nicht umsetzbar war, weil die nötige Straßenbreite nicht gegeben war und ein anderes mal zu einem höheren Risiko für die Kinder geführt hätte, wenn der Bus wieder in einer Bucht gehalten hätte und den vorbeifahrenden Autos wieder Platz gemacht hätte, dort wo die Kinder die Straße queren wollen. In Zeiten vor Wahlen ist offensichtlich alles erlaubt.

Fußgängersteg über die B44 zur Kellerwiese

Die Sanierung der Brücke wurde, wieder mal dank unserer Hartnäckigkeit, dreimal ausgeschrieben – dreimal erhielten wir unterschiedliche Kostangebote. Von den ursprünglich, durch den Baustadtrat zum Beschluss vorgelegten Kosten von 105.000 Euro sind wir so auf Kosten in der Höhe von immer noch 55.000 Euro herunter gekommen.

Offenlegung und Impressum: «Purkersdorfer Informationen» ist die Zeitung der Liste Baum – sozialökologische Plattform in Purkersdorf, die auch als Gemeinderatsfraktion im Rahmen der wahlwerbenden Gruppe »Liste Baum und Grüne« tätig ist, und dieser eine Plattform bietet. Die Zeitung berichtet über (sonst wenig veröffentlichte) Tatsachen und bringt Vorschläge in die Gemeindepolitik mit der Perspektive einer ökologischen und solidarischen Gesellschaft ein. Medieninhaber, Herausgeber, Verleger und für den Inhalt verantwortlich: Liste Baum – sozialökologische Plattform. Layout: Karl Berger, E-Mail: karl.berger@listebaum-gruene.at, www.zeichenware.at, Inserate: Sabine Aicher, E-Mail: sabine.aicher@listebaum-gruene.at

WIPUR – gab es jetzt Steuerhinterziehung oder nicht?

Es besteht der Verdacht, dass die Stadtgemeinde oder die Wipur 400.000 Euro Steuer hinterzogen hat

Seit Monaten schreiben wir über die eigenartigen Vorgänge rund um Finanztransaktionen zwischen der Stadtgemeinde und der 100% Tochterfirma WIPUR GmbH.

Eine angedrohte Klage blieb bis jetzt aus.

Im Juni 2013 wurden Manfred Cambuzzi und ich vom Aufsichtsratsvorsitzenden Dr. Grossmann (verschickt vom Geschäftsführer der WIPUR) zu einer „außerordentlichen Sitzung“ eingeladen. „Betreff: die Notwendigkeit eines Gesellschafterzuschusses für die WIPUR GmbH“.

Weder Cambuzzi noch ich sind Mitglieder des Aufsichtsrates der WIPUR und waren daher auch überrascht, zu einer Sitzung eingeladen zu werden.

Finanzstadtrat Orthofer erklärt den Leistungsaustausch

In dieser Sitzung wurde - maßgeblich von Finanz-STR Orthofer - dargelegt, aus welchen Gründen die WIPUR einen Gesellschafterzuschuss in der Höhe von € 2 Millionen benötigt.

Im Juli 2014 erschien in der Zeitschrift NEWS ein Artikel, in dem über angebliche Steuerhinterziehungen seitens WIPUR/Stadtgemeinde berichtet wurde. Obwohl dieser Artikel nicht ins Detail ging, deckten sich die grundsätzlichen Aussagen mit jenen Informationen, die den Oppositionsparteien in der damaligen Sitzung gegeben wurden.

Sinngemäß wurden folgende Aussagen getroffen:

Angeblich wurde in einer GR Sitzung im März 2001 beschlossen, dass durch die WIPUR zusätzliche Leistungen zum Gymnasiumsbaus übernommen werden mussten, die vom Bund nicht getragen wurden.

Das betrifft:

- ▶ den Bau einer 3-fach Turnhalle samt „Ökopaket“ (Photovoltaik)
- ▶ den Brückenbau zum Gymnasium
- ▶ sämtliche Umplanungsarbeiten für diese Projekte

▶ den überteuerten Erwerb des erforderlichen Grundstücks von der Firma Acoton. Diese Leistungen und der Grunderwerb sollen einen Betrag von ca. 2 Mio. Euro ausgemacht haben.

Angeblich wurden für die Arbeiten, die einen Leistungsaustausch darstellen, der steuerpflichtig ist, aufgrund fehlender Rechnungslegung der WIPUR an die Stadtgemeinde, die anfallenden Steuern (z. B. die Umsatzsteuer) nicht abgeführt.

Purkersdorfs Finanzchef wollte „falsche Fahrte legen“

In sämtlichen Medien, die den NEWS-Artikel vom Juli 2014 aufgriffen, waren sowohl in den Stellungnahmen von Schlögl als auch Orthofer zu lesen, dass diese in NEWS erhobenen Vorwürfe nicht zutreffend wären. In einem Artikel des Kuriers vom 30. Juli findet sich folgende Aussage des ehemaligen Finanzchefs der Stadtgemeinde und gleichzeitig Geschäftsführer der WIPUR, Dkfm. Nöhner: „es war nicht so gemeint“, „er habe eine falsche Fahrte legen wollen“.

Wir ersuchen Bgm. Schlögl und den AR-Vorsitzenden Grossmann um restlose Aufklärung dieser Vorwürfe. Besonders stellt sich die Frage, ob die Fraktionsvorsitzenden Zöchinger, Aicher und Cambuzzi in der Sitzung vom Juni 2013 falsch oder unzureichend informiert wurden.

- 1.) Stimmt es, dass die WIPUR oben genannte Leistungen auf Beschluss des Gemeinderates März 2001 durchgeführt hat.
- 2.) Wir ersuchen um Ausfolgung des Protokolls der Gemeinderatsitzung, die den Beschluss enthält, diese Arbeiten an die WIPUR in Auftrag zu geben.
- 3.) Stimmt es, dass seitens der WIPUR für die durchgeführten Arbeiten keine Rechnungen an die Stadtgemeinde gestellt wurden?
- 4.) Ist die genannte Summe von 2 Millionen Euro für „Zusatzarbeiten“, die die Wipur übernommen hat, im Zusammenhang mit der Errichtung des Gymnasiums richtig?

5.) Sollten doch Rechnungen gestellt worden sein, kann man die einsehen?

6.) Welche Gründe gibt es dafür, dass bei einer durch den Aufsichtsratsvorsitzenden der WIPUR einberufenen Sitzung, an der alle maßgeblichen Aufsichtsräte teilgenommen haben, die Informationen von einem Geschäftsführer der Wipur und Finanzleiter der Stadtgemeinde als Legung einer „falsche Fahrte“ für die eingeladenen Personen dargestellt werden?

7.) Sind die zu dieser Sitzung eingeladenen Personen in dieser Sitzung falsch informiert worden?

8.) Sollte es strafrechtliche Auswirkungen geben in dieser Angelegenheit geben, sind dann die Fraktionsvorsitzenden Aicher, Zöchinger und Cambuzzi mit haftbar?

Eigenartige Beantwortung durch den Bürgermeister Schlögl:

Uns ist schleierhaft wieso er uns etwas über Bauträger und Entsorgungsleitungen erzählt, aber auf die einfache Frage, ob man die Rechnungen einsehen kann oder ob die Summe stimmt, ob man das Gemeinderatsprotokoll bitte haben kann, keine einzige Zeile findet.

Antwort Schlögl: *In der Kürze der Zeit konnte ich den Aufsichtsratsvorsitzenden der WIPUR keine Stellungnahme erhalten, da er auf Urlaub ist. Ich werde daher eine kurze Stellungnahme aus meiner Sicht abgeben: Vorerst muss einmal festgehalten werden, dass hier mehrere voneinander unabhängige Rechtsgeschäfte verquickt werden, insbesondere jenes der Errichtung der AHS Purkersdorf und die Maßnahmen, die vom Gemeinderat gesetzt worden sind, das geplante Einkaufszentrum auf dem Grundstück, auf dem sich heute der SPAR-Markt befindet, zu verhindern.*

Aus dem Anfrageinhalt entnehme ich, dass es vorwiegend um den AHS-Bau geht. Das Projekt AHS Purkersdorf ist auf Grundlage eines sehr detaillierten Kontraktes zwischen Republik Österreich, der Stadtgemeinde und der WIPUR GesmbH als Eigentümer, Bauträger und Finanzierer entstanden. Diesem

Projekt liegt eine umfassende Planung über das Gebäude selbst, die Turnhallen, die Ver- und Entsorgungsleitungen, die Räumflächen, die Feuerwehaufstellflächen und die Zubringer- und Räumungsflächen und -straßen bzw. -wege. Das gesamte Paket ist steuerlich betrachtet ein Projekt. Einzelteile sind nicht herauslösbar oder nicht ohne das Projekt nachhaltig zu schädigen. Die im Raum stehende Summe in Höhe von € 2 Millionen entspricht in etwa jenem Betrag, den der

Bund auf Grund des bestehenden Übereinkommens nicht in die direkte Basis zur Berechnung der Miete herangezogen hat. Dieser Betrag war, ist und wird daher durch die WIPUR aus dem laufenden Betrieb zu erwirtschaften sein. Ein Beispiel ist die Erhöhung der Klassen und SchülerInnenanzahl in der AHS Purkersdorf, die einen vermehrten Bedarf an Turnstunden auslöst, wobei der Mehrbedarf durch die AHS von der WIPUR anzumieten ist.

Zu Aussagen von SitzungsteilnehmerInnen aus Sitzungen, an denen ich nicht teilgenommen habe, kann ich keine Aussagen treffen.

Wir haben die Fragen jetzt nochmals an den Bürgermeister mit dem Ersuchen um Beantwortung geschickt. Es ist keine Gefälligkeit, die er hier leisten soll, sondern es ist jedes Bürgers Recht eine Beantwortung vom Bürgermeister zu erhalten. Eine sinnvolle.

Bina Aicher

Purkersdorfer Bankdirektor über Nacht abhanden gekommen

Wie die Umstände und Gespräche mit BA-MitarbeiterInnen zu den Ereignissen klar zeigten, ist hier etwas Wesentliches und Problematisches passiert, das offenbar zu einem Deal geführt hat, bei dem ein Bankdirektor innerhalb von Stunden außer Dienst gestellt wurde beziehungsweise diesen quittiert hat.

Nach der internationalen Finanzwelt hat nun auch die Purkersdorfer Finanzwelt einen schmerzlichen Verlust aufzuweisen: Der Direktor der angeblich größten Purkersdorfer Bank verabschiedete sich über Nacht, das heißt, er konnte sich gar nicht mehr so richtig von seinen Untergebenen verabschieden, sondern änderte ganz kurzfristig seine Lebensplanung, wie er mitteilen ließ. Dafür hatten frühere Untergebene die Ehre, den früheren Chef-Schreibtisch aufräumen zu dürfen. Manchmal sind halt in der Finanzwelt ganz schnelle und mutige Entscheidungen notwendig, die Normalsterbliche erst viel später verstehen. Manche Gelegenheiten kommen halt nur einmal im Leben, und die muss man nutzen, selbst mitten in der Nacht.

Wie prominente Wirtschaftsfachleute immer wieder betonen, werden durch Darstellung von Reichtum andere dazu angeregt, durch harte und ehrliche Arbeit ebenfalls danach zu streben und dadurch die Wirtschaft anzukurbeln. Noch kurz vorher beim Jakobimarktzug konnte der Purkersdorfer Bankdirektor in diesem Sinn bescheidenen Wohlstand demonstrieren; ein Auto, für das man sich nicht schämen muss und dazu einen Generalprokurator bzw. vorherigen Oberstaatsanwaltschaft als König der Purkersdorfer Faschingsgesellschaft. Mit dem Bürgermeister bestand (besteht?) auch eine enge Freundschaft, man kann sich ja die Freunde auch nicht immer aussuchen. Es sollte sich also wirklich niemand Sorgen machen.

Denn trotz der vielen in der Finanzkrise verschobenen Aber-Milliarden sind Banksters bisher dafür nicht verantwortlich gemacht worden, geschweige denn, dass sie Geld zurückgegeben hätten. Nur in Island sitzen wirklich 4 Bankster und im Ausnahmefall Hypo-Kärnten ist auch der Herr Kulterer nun eher symbolisch hinter



Staatsanwälte thronen und denken - Banker lenken (und versenken gelegentlich, ein Versinken ist selten). Jakobimarktzug 2014

Schwedischen Gardinen. Daher wäre es ja sehr ungerecht, dass ausgerechnet kleine Fische zum Handkuss kommen sollten.

Und wer weiß, vielleicht verändert sich eine Lebensplanung wieder jäh, und es fährt ein lächelnder Purkersdorfer Bankdirektor zu Faschingsbeginn unter Schutz eines Prokurators am 11.11.2014 um 11:11 h mit einem kleinen Gefährt und in Begleitung von in Purkersdorf höchst wichtigen Personen am Hauptplatz vor, schüttelt Hände und wird wieder (Faschings)Bankdirektor, und eine Lokalzeitung titelt im sichtlichen Lokalstolz „Das größte Come-Back seit Lazarus in Purkersdorf“

Alberto Verde

Visionen für die Natur

Wird BGM Schlögl nun ein Radikalinsky?

Am 4. Oktober 2014 lud der Naturschutzbund zur Jahresversammlung nach Purkersdorf. Nach einer Exkursion in die Kernzone des Wienerwald Biosphärenpark Sattel-Baunzen ging es an die inhaltliche Arbeit im Stadtsaal. In etlichen Vorträgen wurden nötige Maßnahmen aufgezeigt um den Umweltschutz auch in Niederösterreich voran zu bekommen. Beeindruckend was möglich ist, im Zusammenleben zwischen Mensch, Tier und Natur aber auch wie schnell mühsam errungenes oder lange gewachsenes zerstört ist.

Letzteres steht zu befürchten, wenn weiter Infrastruktur des öffentlichen Verkehrs im Marchfeld zerstört und das geplante Schnellstraßenprojekt durchgezogen wird. Also wurde erneut eine Resolution verabschiedet: "Keine hochrangige Straßenverbindung durch das Marchfeld"

Die weiteren Resolutionen finden sich auf der Internetseite des Naturschutzbundes: <http://www.no-e-naturschutzbund.at/>

Interessant der Auftritt des Purkersdorfer Bürgermeisters. Als Hausherr durfte er natürlich mit aufs Foto und im Plenum Begrüßungsworte sprechen: Da mahnt er ein, dass "radikales Umdenken notwendig ist" und zwar "von der kleinsten Einheit bis zur Größten" und "Zusammenarbeit zwischen AktivistInnen und Politik". Sein Fazit: „Umweltschutz muss vorrangig behandelt werden“. Die Vorträge hat er sich dann leider nicht mehr anhören können weil da musste er, wie sein Kollege von der Landesregierung, zu wichtigen anderen Terminen. So versäumten sie leider weitere Einblicke und Anleitungen zum konkreten Umsetzen der großen Ziele, obwohl die durchaus hilfreich gewesen wären.

Josef Baum: "Das erinnerte mich stark an etwas sehr ähnliches vor etwa 23 Jahren, als wir das Klimabündnis für Purkersdorf ins Leben riefen. Auch da hielt Schlögl eine solche Ansprache und hatte dann gleich auch einen wichtigen Termin. Wie sich später

herausstellte, war der wichtige Termin eine Schnapspartie mit einem Freiheitlichen Politiker ... das Klimabündnis ist dann der Vergessenheit anheim gefallen."

Was den Umweltschutz in und um Purkersdorf betrifft werden wir nicht locker lassen und einfordern, dass seinen starken Worten Taten folgen. Etwa bei der Bewirtschaftung des Gemeindewaldes und bei der Auflage für Neubauten kann da gleich der Beginn gemacht werden.

Christiane Maringer
Liste Baum



Jugendmitsprache – Visionen 3002



Die Jugendlichen Purkersdorfs werden neuerdings dazu aufgerufen ihre Ideen für die Stadt in der "Initiative Visionen 3002" zu diskutieren und schließlich den verantwortlichen Politiker*innen zu übergeben. Ansich eine gute Idee, denn Demokratie und Jugendmitsprache gilt es klar zu fördern, allerdings halten wir Junge Grüne speziell diese Initiative für absolut unseriös.

Erstmals war der Hintergrundgedanke dieser Aktion von Anfang an klar durchschaubar, da 'rein zufällig' kurz vor der Gemeinderatswahl plötzlich Jugendorganisationen erscheinen, von denen sonst nie irgendetwas zu hören war. Dann kommt hinzu, dass es sich bei der von den Organisatoren (JVP-Obmann+Freund) propagierten "überparteilichen Initiative"

ausschließlich um eine Farce handeln kann, da die ganze Organisation von den Konservativen ausgeht und wir Junge Grüne erst dann kontaktiert wurden, als die gesamte Aktion bereits fixiert war. Gemeinsames Kräftebündeln aller Jugendlichen würden wir für sinnvoll erachten, jedoch sollte wohl klar sein, dass dann auch alle Beteiligten von Anfang an am Projekt mitarbeiten können.

Jugendliche sollten ohnehin durchgehend ins politische Geschehen miteinbezogen werden und nicht nur zu Wahlkampfzwecken von Altparteien missbraucht werden. Genau dies scheint hier jedoch der Fall zu sein, weshalb wir Junge Grüne uns nicht an dieser ÖVP-Werbeinitiative beteiligen. Stattdessen werden wir uns lieber weiterhin direkt mit Gemeinderat*innen in

Kontakt setzen und Druck ausüben, damit die Interessen von jungen Menschen auch tatsächlich wahrgenommen werden. Wir machen das übrigens durchgehend, ganz egal welche Wahl Wo oder Wann ansteht, oder ob grad Alltag herrscht :)

Florian Ladenstein



get
ACTIVE!

Natürlich Normal – Natürlich Legal

Cannabis ist relativ weit verbreitet, viele haben im Laufe ihres Lebens schon einmal gekifft – die Risiken sind, besonders im Vergleich zu Alkohol, als gering zu bewerten. Aufgrund vieler kursierender Unwahrheiten tourten wir Junge Grüne Anfang September mit unserem Joint-Kostüm durch ganz Österreich, um für eine sachliche und aufgeklärte Drogenpolitik einzutreten.

Die größte Gefahr entsteht nämlich durch die Kriminalisierung: es gibt keine Qualitätskontrollen und keine Reinheitsgarantie, Verunreinigungen sind also die größte Gefahrenquelle. Cannabis weist auch kein körperliches Suchtpotential auf und ist somit bei weitem weniger gefährlich als Schnaps oderodka.

DIE KRIMINALISIERUNG IST TEUER UND SINNLOS

Während überall gespart werden muss, werden für die Kriminalisierung von Cannabis Millionen zum Fenster hinausgeworfen. Die Kriminalisierung bindet bei Polizei und Justiz enorme Ressourcen und kostet laut vorsichtigen Schätzungen mehr als 100 Millionen Euro im Jahr. Von 24.000 bearbeiteten Fällen von Drogendelikten hängen 17.000 mit Cannabis zusammen. Dies belastet die Polizei und andere Behörden enorm und ist eine Verschwendung von Geld und Arbeitszeit. Die Verbotspolitik bereitet außerdem vielen jungen Menschen unnötigerweise enorme Probleme.

GLOBALER FRIEDEN BRAUCHT EINE ANDERE DROGENPOLITIK

„Der Krieg gegen Drogen ist nicht gewonnen und wird nicht gewonnen werden.“ Zu diesem Schluss kam die Global Commission on Drug Policy, die sich aus international renommierten Persönlichkeiten wie etwa Ex-UN-Generalsekretär Kofi Annan zusammensetzt. Insgesamt kommt die Kommission zu einem vernichtenden Urteil über die aktuelle Drogenpolitik und fordert ein radikales Umdenken: 60.000 Tote in Mexiko und der Krieg in Afghanistan zeigen, dass global, aber auch national repressive Methoden nirgends erfolgreich gewesen sind, im Gegenteil. Die Krisen, in denen sich viele



Länder befinden, werden sich ohne ein Umdenken der globalen Drogenpolitik nicht lösen. Der „Krieg gegen Drogen“ beschert der organisierten Kriminalität Milliardenprofite. Wenn es zu keinem Kurswechsel kommt, werden weiterhin ganze Staaten und Regionen destabilisiert werden und von enormer Gewalt, Kriminalität und Korruption betroffen sein.

DIE DROGEN- UND SUCHTPOLITIK IN ÖSTERREICH IST VERLOGEN

Die Politik kriminalisiert den Cannabiskonsum gnadenlos, während sie 64.000 Spielsüchtige de facto ignoriert und weiterhin eng mit der Glücksspielindustrie verbunden ist, mehrere hunderttausend Menschen alkoholabhängig und 130.000 Menschen süchtig nach den Medikamenten der Pharmaindustrie sind. PolitikerInnen stoßen bei nahezu jeder Gelegenheit mit einem Bier oder einem Glas Wein an, Alkohol wird fast bagatellisiert. Selbst Werbung für Alkohol ist in Österreich nicht wirklich reglementiert. Die Debatten über Drogenpolitik sind in hohem Ausmaß von Populismus und Vorurteilen geprägt, sie sind verlogen und in keiner Weise sachlich.

DIE FORDERUNGEN DER JUNGEN GRÜNEN

- Die Jungen Grünen treten für die sofortige kontrollierte Legalisierung von Cannabis ein, inklusive einer Qualitätskontrolle.
- Anstatt Enthaltensamkeit zu predigen, ist es das Ziel, verstärkt auf Aufklärung und Beratungsangebote zu setzen. Es geht um mehr Eigenverantwortung, Risikobewusstsein und Selbstbestimmung.
- Die Kriminalisierung von Süchtigen ist fatal. Sucht ist eine Krankheit, hierzu braucht es kurzfristig die Umsetzung von bereits erfolgreich erprobten Programmen wie in Teilen von Kanada und der Schweiz, anstatt völliger Realitätsverweigerung.
- Ein Werbeverbot für alle Drogen und mehr Information über die (Neben-) Wirkungen und Risiken sind notwendig. Drogen, ob Alkohol oder Cannabis, sind nicht harmlos. Totschweigen ist jedoch keine Lösung. Wir wollen eine breite Diskussion über eine nicht funktionierende Verbotspolitik, die viele Probleme nur schlimmer macht. Langfristig geht es um mehr Eigenverantwortung, Aufklärung und Selbstbestimmung anstatt sinnloser und nicht funktionierender Verbotspolitik.

Neue Autobahnauffahrt in den Biosphärenpark beim Dambachtal-Heimbautal?

Die Bürgermeister von Purkersdorf und Pressbaum haben in der Sommerhitze eine alte Idee aufgewärmt: eine neue Autobahnauffahrt am Ende des Purkersdorfer Dambachtals im Übergang zum Heimbautal. Dafür stellten sie gewagte Überlegungen an, die durchaus „Milchbubenrechnungen“ nahekommen. Manches scheint am ersten Blick vernünftig, bei einer Gesamtbetrachtung ist aber das Gegenteil naheliegend. Und von Bürgermeistern dürfte mensch sich doch einen weiteren Blick erwarten...

Es wird behauptet, dass „nach Erhebungen des Landes eine neue A1-Auffahrt dort den Verkehr durch Purkersdorf halbieren (minus 5900 Fahrzeuge pro Tag) würde“. Diese Zahlen sind Annahmen einer gestrigen Verkehrsplanung, die vor allem den dynamischen Gesichtspunkt nicht betrachten: neue Straßen schaffen zusätzlichen Verkehr.

Am Ende des malerischen Purkersdorfer Dambachtals müsste dazu in unmittelbarer Nähe zum Kerngebiet des Biosphärenparks eine neue Ausfahrt errichtet werden beziehungsweise die bestehende Betriebsabfahrt

ganz wesentlich vergrößert werden, denn die bestehende Betriebsabfahrt dürfte die Vorgaben für Radien und Breite nicht erfüllen.

Eine neue Autobahnauffahrt in den Biosphärenpark widerspricht vor allem dem Ziel eines nachhaltigen Verkehrs in der Biosphärenregion: Der Biosphärenpark ist kein Disneyland, sondern soll insgesamt eine menschen- und umweltverträgliche Entwicklung einleiten.

Es soll daran erinnert werden, dass es bis in die 60er Jahre Planungen gab, dass genau von der jetzt von Bürgermeistern ins Auge gefassten Ausfahrt beginnend, durch das Dambachtal zwischen Minder- und Post-siedlung durch und weiter über das Steinbachtal eine Westumfahrung von Wien quer durch den Wienerwald bis Klosterneuburg gebaut werden sollte, das aber aufgrund von Widerstand verhindert wurde.

„Ein Ausbau des öffentlichen Verkehrs sei freilich auch ein Ziel“ wird der Purkersdorfer Bürgermeister zitiert. Es wäre im Sinne der Lebensqualität und auch einer Umwelt- und Klimapolitik, wenn der Ausbau des öffentlichen Verkehrs nicht nur „auch“ ein Ziel

wäre, sondern das Hauptziel. Es wäre viel besser, wenn die Bürgermeister ihre sommerliche Hitzeenergie dahingehend kanalisiert hätten, dass sie zum Beispiel Zubringer zur Bahn effizient machen, Elektromobilität für den Bahnzubringerverkehr forcieren und dafür Parkplätze bei den Bahnstationen schaffen. Vorbild könnte beispielsweise der neugeschaffene Bus von Liesing her nach Pressbaum sein.

Die Bürgermeisterin von Wolfsgraben Claudia Bock (VP) will keine neue Autobahnauffahrt. Ihre Begründung ist, dass Wolfsgraben mehr Verkehr drohen würde. Eine

Kosten-Nutzen-Rechnung dafür sei auch nicht positiv ausgefallen. Eine solche umfassende Kosten-Nutzen-Rechnung wäre auch den Bürgermeistern zu empfehlen. Die Asfinag hat inzwischen eh angemerkt, dass sie jetzt dafür kein Geld hat.

Die ganzen Pläne werden nicht zum ersten Mal ventiliert, schliefen aber erfreulicherweise immer wieder ein. Was auch diesmal zu wünschen ist.

Josef Baum

FC Purkersdorf: Talsohle durchschritten

Der FCP spielt nun in der letzten Liga. Nach langjährigem Hochmut einiger (früherer) Funktionäre und DrahtzieherInnen, die gepaart mit wenig Kompetenz werkten, scheint die Talsohle durchschritten. Mit dem bewährten Fritz Weiss als FCP-Sektionsleiter kehrt offenbar wieder der Hausverstand ein. Wir wünschen dem FCP und damit den vielen Jugendlichen in den Nachwuchsmannschaften Freude, Kamerdschaft und Spielglück.

Selbst Milliardäre wie Stronach haben einsehen müssen, dass man im Fußball mit Geld nicht alles kaufen kann. Es ist so die Frage zu stellen, ob das „Doppelpack“ (so die Selbstdefinition einer Immobiliendame mit dem Stadtamtsdirektor) im obersten Gremium für den Sportgedanken letztlich förderlich ist, oder eher Geschäfte jenseits des Sports befördert...

Die vielen sinnlos verbratenen Geldmittel, nicht wenige auch direkt aus der Gemeindekasse ohne Abrechnung, sollten jetzt einmal Anlass zu einer absoluten Transparenz sein. Echter Sport hat nichts zu verheimlichen.

Josef Baum

Wenn die Vorteils-card zur Nachteils-card wird....

Herr R., ein Pensionist, teilte uns folgendes mit, wir haben es überprüft und es stimmt:

Die Vorteils-card - die einiges kostet - sollte auf der Bahn eine Verbilligung um etwa die Hälfte bringen. Wenn man allerdings im Automaten von Purkersdorf-Zentrum eine Fahrkarte mit Vorteils-card nach Eichgraben eingibt, so wird ein höherer Fahrpreis ausgewiesen; also kein Vorteil, sondern ein Nachteil, der verzichtbar ist.

Dies ist nicht die einzige Grotteske in Fahrpreisgestaltung in Ost-österreich. Der Automat zeigt auch bei Fahrzielen regelmäßig teurere Umwege an: wenn etwa Wien durchfahren wird, so gibt der Automat immer wieder Wege aus, die Wien umfahren und natürlich teurer sind...

Warum ist das im Zeitalter der Informationstechnologie so, und zwar seit vielen Jahren? Es liegt sicher nicht an den ProgrammierernInnen. An entscheidenden Stellen der Verkehrsgesellschaften sitzen Leute, die dort nicht wegen spezieller Kompetenz sitzen, sondern auf Grund anderer Gründe. Das führt dazu, dass deren Scheuklappen dominieren und nicht die notwendige Gesamtsicht.

Josef Baum

Weiterführung KEM-Wienerwald beschlossen

Die Weiterführung der Klima- und Energiemodellregion Wienerwald für weitere zwei Jahre ist in den Gemeinderäten von Purkersdorf und Gablitz beschlossen worden, aus Mauerbach gibt es die Zusage der weiteren Beteiligung.

Dafür haben wir einen Katalog von Maßnahmen und Aktivitäten ausgearbeitet. Ein ambitioniertes Programm, das hoffentlich breite Unterstützung von Seiten der Mandatarinnen und der Bevölkerung finden wird. Wir laden Sie also ein, sich einzubringen – mitzuplanen, die Energiestammtische für Diskussionen und Planung zu nutzen, die vielfältigen Veranstaltungen zu besuchen. Auf purkersdorf-online.at informieren wir regelmäßig über Termine.

Mobilität:

1. RADLGrundnetz: Betreuung der gesamten Abwicklung für die teilnehmenden fünf Gemeinden durch die Regionsmanagerin. Es soll eine attraktivere und bessere Radinfrastruktur für das Alltagsradfahren in der Region entstehen
2. Förderung des Alltagsradverkehrs: Aktionen zum Stärken des Alltagsradfahrens durch Anschaffung von Rädern und/oder E-Bikes für Gemeindebedienstete als Vorbildwirkung; Radanhängerverleih an BürgerInnen zur Stärkung des Alltagsradfahrens; Bewerbung der Fahrradwege, -routen und deren Sanierungen, etc.
3. „Zu Fuß in die Schule“: Ausarbeitung eines Verkehrskonzepts für einen sicheren

Schulweg zu Fuß, Prüfung von Lösungsmöglichkeiten und Betreuung beim Entscheidungsfindungsprozess mit Betroffenen; begleitende Kampagne in Kooperation mit den Schulen, Bewerbung in der Schule und bei Eltern, Aktionstage, Wettbewerbe, etc.

4. E-Carsharing: Aufbau eines E-Carsharing Modells in der Region in Kooperation mit der ENU (NÖ Energie- und Umweltagentur)
5. Fahrplanoptimierung: Verbesserung der Bus-Anbindungen an den regionalen Bahnverkehr (2014/2015)

Energieaufbringung:

6. Photovoltaik-Bürgerbeteiligung auf Betriebsobjekten: Planung und Umsetzung mindestens einer PV-Bürgerbeteiligungsanlage auf einem Betriebsobjekt in der Region

Energieeffizienz:

7. Kommunale Energieeffizienzförderungen: Überarbeitung der kommunalen Energieeffizienzförderungen in Hinsicht auf Wirksamkeit (Einsparungspotential) und soziale Treffsicherheit (Bekämpfung von Energiearmut) in Kooperation mit der ENU. Harmonisierung der Förderrichtlinien in den drei Gemeinden
8. Energie-Einspar-Contracting: Prüfung der Umsetzbarkeit eines Energie-Einspar-Contractings in der Region: Vorteile

/ Erfolgsgarantie, Finanzierung durch den Contractor, Imagegewinn durch Einsatz moderner Technik, EE und NutzerInnenkomfort in Kooperation mit ENU

9. Beschaffungsservice: Umstellung der Gemeinden auf Nachhaltige Beschaffung aller benötigten Büro- und Reinigungsmaterialien, sowie Fairtrade Lebensmittel; In Kooperation mit ENU

Bewußtseinsbildung:

10. Schule und Klima: Planung und Durchführung von Projektwochen und Aktionstagen (zum Beispiel Wiederaufnahme der Aktivitäten zum „Autofreien Tag“ mit den Schulen) in und mit den Schulen der Region zu den Themenfelder Erneuerbare Energien und Klimaschutz. Wir wollen Bewusstsein bei der jungen Generation bilden – mit Multiplikatoreffekt in der Region

11. Informationskampagne „Richtig sanieren“, Energie- und Geldsparen: Planung und Umsetzung einer regionalen Informationskampagne zum Themenfeld qualitativ hochwertige, energieeffiziente Gebäudesanierung und Energieeinsparungsmöglichkeiten vor allem auch im Bereich großvolumiger Wohnbauten.

Christiane Maringer
Umweltstadträtin Purkersdorf –
Liste Baum & Grüne

Für einen politischen Bezirk Purkersdorf

In den letzten Monaten flammte wieder die Diskussion um die Veränderung der Grenzen der Bezirke im Wiener Umland auf. Insbesondere die Struktur des Bezirks Wien-Umgebung steht zur Diskussion, denn er besteht aus vier Gebieten, die miteinander eigentlich nicht viel zu tun haben.

Kurzfristig ist das Ganze nicht wirklich von Bedeutung - unsere BH-Außenstelle ist durchaus bürgerInnenfreundlich und effizient - mittel- und längerfristig aber schon: Denn die Bezirke sind die politischen Strukturen, die im Gegensatz zum Land und der Gemeinde, und auch im Gegensatz etwa zu

Deutschland nicht demokratisch organisiert sind. Die Bezirkshauptleute werden ernannt und nicht - auch nicht von einem Gremium - gewählt. Wenn die unmittelbare Lebenswelt demokratisiert werden soll, muss dies auch für die Region, den Bezirke gelten. Und da sind halt dann zusammenhängende Gebiete wichtig, und daher gehört der jetzige Bezirk Wien-Umgebung abgeschafft. Die Alternativen sind zu diskutieren: Im Raum steht etwa ein Anschluss an Tulln, oder eben ein Bezirk Purkersdorf. Ich glaube, dass ein solcher angemessen wäre. Die 6 Gemeinden des (früheren) Gerichtsbezirk Purkersdorf

haben inzwischen mehr Einwohner, als manch andere Bezirke in NÖ und es wäre für die in der Biosphärenparkregion eigentlich vorgesehene menschen- und umweltfreundliche nachhaltige Entwicklung sehr zweckmäßig. Und es wäre eine deutliche Aufwertung von Purkersdorf als Zentrum des Wienerwalds.

Ich weiß, dass der Bürgermeister von Purkersdorf das eigentlich ähnlich sieht. Nicht verstehe ich, dass er in seiner Position dafür keine Initiativen setzt.

Josef Baum



Ein Schmuckstück in der Ortseinfahrt

Ein altes Haus zu renovieren, erfordert einiges an Fingerspitzengefühl. Es gilt, den Charme der Jahrhundertwende, den diese alten Bauwerke mit sich bringen, nicht zu verlieren. Das ist der Familie Steinbichler bei der Generalsanierung des Hauses, das ehemalige Hotel Senfelder, in der Wiener Strasse 12, neben dem ebenfalls erst vor kurzem renovierten Salettl und der „Bühne“, voll und ganz gelungen. Damit ist ein Ensemble von Gebäuden der Jahrhundertwende wieder in den Zustand versetzt worden, der uns nur mehr von alten Fotos bekannt ist und uns in die Zeit versetzt, wo man nach Purkersdorf an der Westbahn in die Sommerfrische gefahren ist.

Allein die Fassade, die jetzt in den ursprünglichen Glanz versetzt wurde und in der Nacht durch eine gediegene Beleuchtung erstrahlen lässt, hat rd. 100.000 Euro an Mehrkosten verursacht. In einer Zeit in der für das Erhalten alter Substanzen immer weniger Geld ausgegeben wird verdient die Privatinitiative der Familie Steinbichler Applaus und ist hoch zu loben.

Daher hat die Purkersdorfer Liste (PUL) in der Oktober-Sitzung des Gemeinderates eine Würdigung und Auszeichnung der Familie Steinbichler beantragt.

GR Manfred Cambruzzi
Gastkommentar

Volkschuldirektorin verstorben

Unerwartet wurde die überaus beliebte Purkersdorfer Volkschuldirektorin Elisabeth Beranek (55) aus dem Leben gerissen.

Wir möchten der Familie unsere aufrichtige Anteilnahme aussprechen und wünschen ihnen in diesen schweren Stunden viel Kraft.

Park & Ride Anlage in Sanatorium „gestorben“

„Sehr geehrte...
(...) Der ursprüngliche Plan der Stadtgemeinde hier einen Park & Ride Parkplatz für ca. 20 bis 30 Autos und einige Fahrräder zu schaffen ist auf Grund der Bedenken vieler Anrainer von Seiten der Stadtgemeinde fallen gelassen worden. Es ist keine Umwidmung erfolgt und es ist keine Schaffung von Parkplätzen geplant. Ich hoffe, Ihnen damit gedient zu haben und verbleibe mit besten Grüßen
Karl Schlögl“

2013 waren heftige Auseinandersetzungen im Gemeinderat die Folge, als der Antrag gestellt wurde, ein Grundstück zu tauschen

um damit eine Park & Ride Anlage in Purkersdorf-Sanatorium zu schaffen. Schon damals warnte die Liste Baum & Grüne vor einem Verkehrsinfarkt in der jetzt schon so belasteten Wintergasse. Siehe Purkersdorfer Informationen 4/2013.

Darüber hinaus sahen wir die Aulandschaft im Christkindlwald gefährdet. Wir waren und sind der Meinung, dass erstens Rücksicht auf die Anrainer genommen werden muss und zweitens nicht alles dem Autoverkehr untergeordnet werden darf.

Eine engagierte Anzahl von AnrainerInnen hat sich tatkräftig zur Wehr gesetzt. Und es hat Erfolg gehabt!

Das ist wirklich ein gutes Beispiel für Bürgerengagement!

Bina Aicher

TTIP stoppen!

Abgeschirmt von der kritischen Öffentlichkeit verhandeln EU-Kommission und US-Regierung derzeit die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP).

Die wahren Triebkräfte hinter dem Abkommen sind große Konzerne beiderseits des Atlantiks. TTIP ist für sie die beste Gelegenheit, um unliebsame Gesetze loszuwerden. Grundlegende Menschenrechte, Arbeits- Gesundheits- und Umweltstandards sowie Finanzregulierungen könnten so ausgehebelt werden. Attac fordert die Verhandlungen sofort zu stoppen solange nicht alle Verhandlungsdokumente öffentlich zugänglich sind. Handelspolitik muss demokratisch und transparent stattfinden – abseits des dominierenden Einflusses großer Konzerne.

Alle Informationen zur Kampagne: www.ttip-stoppen.at und www.attac.at

TTIP - Was ist das?

TTIP steht für „Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft“. Es ist ein Handelsabkommen, das die Europäische Kommission im Auftrag der Mitgliedsländer seit 2013 mit den USA verhandelt. Laut den politisch Verantwortlichen sollen damit

Wachstum und Arbeitsplätze geschaffen werden - und zwar vor allem durch:

- ▶ die Angleichung der jeweiligen Gesetze und Regeln beider Wirtschaftsregionen
- ▶ die Stärkung von Investorenrechten.

Wer verhandelt? Wer darf mitreden? Die Europäische Kommission verhandelt dieses Abkommen im Auftrag der EU-RegierungschefInnen (also auch im Auftrag von Bundeskanzler Faymann). Die Verhandlungen laufen völlig undemokratisch ab:

- ▶ die Verhandlungsdokumente sind geheim
- ▶ das Europäische Parlament wird lediglich informiert und ist zur Geheimhaltung verpflichtet
- ▶ nationale Parlamente sind nicht eingebunden und werden meistens nicht einmal informiert

Dagegen werden große Konzerne von der Europäischen Kommission hofiert. Im Vorfeld der Verhandlungen fanden 93% der Treffen mit LobbyistInnen internationaler Großkonzerne statt. Zivilgesellschaftliche Organisationen hingegen haben kein Mitspracherecht. Wer entscheidet? Wenn das Abkommen einmal ausgehandelt ist, darf das Europäische

Parlament dem vorliegenden Vertrag nur zustimmen oder ihn ablehnen. Ob nationale Parlamente in den Abstimmungsprozess eingebunden werden, ist noch unklar. Was bedeutet TTIP für die Menschen? Hinter TTIP versteckt sich ist ein massiver Angriff auf alles, was uns wichtig ist:

- ▶ Soziale Sicherheit
- ▶ Arbeitsrechte
- ▶ Umweltschutz und nachhaltige Landwirtschaft
- ▶ Demokratie

Wer gewinnt bei TTIP? Während mit TTIP die breite Masse der Menschen in der EU und den USA eine weitere Verschlechterung ihrer Lebensqualität erfahren wird und auch die Umwelt das Nachsehen hat, gibt es einige wenige Gewinner: Konzerne auf beiden Seiten des Atlantiks. Für sie werden die Gewinne sprudeln.

TTIP STOPPEN Transatlantische Partnerschaft sieht anders aus **TTIP-STOPPEN.at**

Stadtentwicklungs-Stadtmarketing – liegt seit 2012 wo genau??

Unter diesem glamourösen Namen hat der Wirtschaftsstadtrat Wolkerstorfer im März 2012 (!) in seinem Ausschuss mehr als 8.000 Euro dafür ausgegebenen.

In einer Ausschusssitzung im September 2014 stand dieselbe Summe wieder zur Diskussion. Diesmal für „Verbesserung der Grundfrequenz an Markttagen“. Ganz genau konnte leider nicht verifiziert werden, was sich diesmal hinter den Schlagworten verbirgt, wo doch die Märkte richtig gut funktionieren. Es konnte auch nicht ganz geklärt werden.

Auf meine Frage, was denn eigentlich aus dem vor 2 ½ Jahren beschlossenen Konzept zur Stadtentwicklung geworden sei, herrschte erst einmal Stille. So als würde niemand wissen, von was ich überhaupt sprechen. Es konnte auch der Ausschussvorsitzende nicht

sagen, wo sich dieses Konzept befände. Auch der Stadtdirektor, der das Protokoll überhätte und aus dessen Herkunftsnähe (Mistelbach) der Herr Stadtmarketing-Berater, Herr Fasching, herkommt, konnte Aufschluss geben.

Mir wurde jedenfalls vom Wirtschaftsausschuss-Vorsitzenden Wolkerstorfer versprochen, dass ich „in den nächsten Tagen“ das Konzept zur Durchsicht erhalten würde. Das war vor 63 Tagen, oder anders ausgedrückt: vor mehr als 2 Monaten.

Irgendwie wird man manchmal das Gefühl nicht los, dass die Stadtgemeinde für Projekte Geld ausgibt, von denen sie dann selber nichts mehr weiß und das nur geschieht, damit Ausschussvorsitzende eine Daseins-Berechtigung haben.

Bina Aicher

TERMINE

Nächste Kleidertauschparty am **24. Oktober** von 17 bis 21 Uhr im Kulturhaus „re:spect“, Kaiser-Josef-Straße 49

Offene Versammlungen der Liste Baum & Grüne - jeden Donnerstag!

23. Oktober, 19.30 h im Gasthaus zum Dorfwirt

30. Oktober, 19.30 h beim Lindenvirt, Rechenfeldgasse 1

6. November, 19.30 h beim Lindenvirt

13. November, 19.30 h beim Lindenvirt

Kommen Sie vorbei, reden Sie mit, wie der gemeinsame Lebensraum Purkersdorf gestaltet werden soll!

15. November, 15 h Kulturhaus „re:spect“: Kaiser-Josef-Straße 49

Die **Jungen Grünen** der Region Purkersdorf laden alle interessierten Menschen dazu ein, gemeinsam über die jetzige Situation und Probleme in der Textilindustrie zu sprechen. Der Verein „Sicherheitsnadel“, der sich zur Aufgabe gemacht hat, über faire und nachhaltige Mode aufzuklären, möchte hierzu mittels eines Workshops verschiedenste Gesichtspunkte ausarbeiten und schließlich einige Alternativen vorstellen. Für das leibliche Wohl sorgen die Jungen Grünen!

2. Dezember, 19 h im Stadtsaal:

Öffentliche Sitzung des Purkersdorfer Gemeinderates – Gehen Sie hin!



LIBA
Liste Baum & DIE GRÜNEN
www.listebaum-gruene.at

23.1.2015
im Salettl

Wahlabschlussparty:
Leo Kysèla live

Reservierungen bitte an
office@listebaum-gruene.at

EINTRITT FREI
www.kysela.at